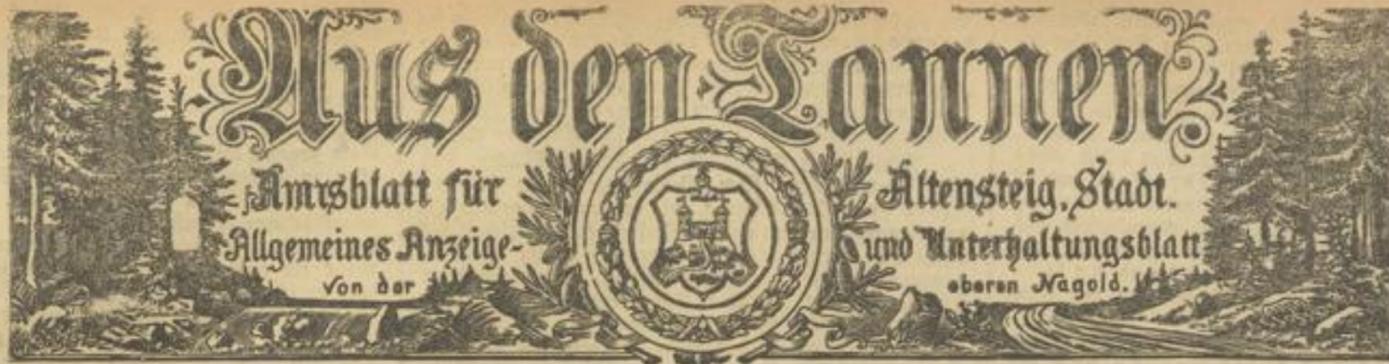


Werkeljährlich im Stadt-, Orts- und Nachbarort- bezugspreis Nr. 2.70, außerhalb Nr. 2.90 einschließlich der Postgebühren. Die Einzelnummer des Blattes kostet 10 Pf. Erscheinungswöchentlich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Begründet 1877.



Die 1/2spaltige Zeile ober dem Raum 20 Zeilen, die Reklamezeile ober dem Raum 45 Zeilen. Bei Wiederholungen unveränderter Aussagen entsprechend der Rabatt. Bei gerichtlicher Entscheidung und sonstigen Umständen ist der Rabatt fünfzig

Verantwortl. 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw

Nr. 138

Druck und Verlag in Albstadt.

Mittwoch, den 18. Juni.

Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler.

1918.

Der Begleitbrief.

Paris, 17. Juni. (Havas.) In dem Begleitbrief zu der Note der Verbündeten auf die deutschen Gegenentwürfe wird zuerst festgestellt, daß die verbündeten und vereinigten Mächte die von der deutschen Vertretung über die Friedensbedingungen gemachten Bemerkungen der ernsthaftesten Erwägung unterzogen haben. Der deutsche Vorschlag erhebe Einspruch gegen den Friedensvertrag vor allem, weil er in Widerspruch stehe mit den Bedingungen, unter denen der Waffenstillstand abgeschlossen wurde. Der Einspruch der deutschen Vertretung beweise, daß sie die Lage verkennet, in der sich Deutschland heute befindet. Darum halten sie die alliierten und assoziierten Regierungen für notwendig, ihre Antwort mit einer genaueren Begründung des Kriegs, wie sie ihn beurteilen, zu beginnen. Dieses Urteil sei zugleich dasjenige der Gesamtheit der zivilisierten Welt.

Nach der Ansicht der verbündeten und vereinigten Mächte ist der Krieg, der im Jahre 1914 ausbrach, das größte Verbrechen gegen die Humanität und gegen die Freiheit der Völker, das je mit Vorbedacht von einer Nation, die sich für zivilisiert hielt, begangen wurde. Während vieler Jahre vervielfältigten die deutschen Regierungen getreu der preussischen Ueberlieferung ihre Anstrengungen, um sich in Europa die Vorherrschaft zu sichern. Sie wollten sich die Fähigkeit erwerben, ein unterjochtes Europa zu beherrschen und zu vergewaltigen, gleichwie sie ein unterjochtes Deutschland unterjochten und beherrschten. Um dieses Ziel zu erreichen, haben sie den Geist ihrer Untertanen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu der Lehre befehrt, daß in den internationalen Angelegenheiten die Gewalt das Recht sei. Sie haben nie aufgehört, die Küstungen Deutschlands zu Lande und zu Wasser zu entlasten und die lägenhafte Behauptung zu verbreiten, eine solche Politik sei notwendig, weil die Nachbarn Deutschlands auf seine Macht und sein Gedeihen eifersüchtig seien. Sie haben versucht, Feindschaft und Argwohn statt Freundschaft zwischen den Nationen zu säen. Sie haben ein ganzes Spionagesystem und ein Heer von Intriguen eingerichtet. Durch diese Drohungen mit Gewalttaten hielten sie ganz Europa in einem Zustand von Erregung. Sobald ihre Vorbereitungen vollendet waren, ermutigten sie einen unterjochten Verbündeten, binnen 48 Stunden Serbien den Krieg zu erklären. Um für diesen Krieg doppelte Sicherheit zu haben, entzogen sie ihm allen Veröhnungsversuchen.

Deutschland ist ebenfalls verantwortlich für die grausame und unmenschliche Art, in der der Krieg geführt wurde. Seine Regierungen haben die Neutralität eines durchaus friedlichen Volks verletzt, nachdem sie feierlich versprochen hatten, sie zu achten. Nicht zufrieden damit, haben sie ungeschont eine Reihe von Hinrichtungen und Einschüerungen vorgenommen in der Absicht, die Bevölkerung zu vergewaltigen und sie durch das Schreckliche ihrer Handlungen gefügig zu machen. Die Deutschen gebrachten als erste die giftigen Gase trotz der entsetzlichen Leiden, die sie verursachen. Sie haben mit den Beschickungen durch Flugzeuge und weittragende Kanonen auf Städte begonnen, ohne militärische Gründe, einzig in der Absicht, die Moral ihrer Gegner zu schwächen, indem sie Frauen und Kinder trafen. Sie haben den Tauchbootfeldzug begonnen, diese Herausforderung von Seeräubern gegen das Völkerrecht. Sie sind es, die mit brutaler Gewalt Tausende von Frauen und Kindern in fremde Länder in die Sklaverei geführt haben. Sie haben sich hinsichtlich ihrer Kriegsgefangenen eine so barbarische Handlungsweise erlaubt, vor der selbst die unwillkürlichsten Völker zurückgeschreckt wären. Die Handlungsweise Deutschlands ist sozusagen beispiellos in der Geschichte der Menschheit. Die verbündeten und vereinigten Mächte glauben, daß sie sich denjenigen gegenüber schuldig machen würden, die zur Erhaltung der Freiheit der Welt alles gegeben haben, wenn sie ihre Zustimmung dazu gäben, in diesem Krieg nicht ein Verbrechen gegen die Menschheit und gegen das Recht zu sehen.

Die Haltung der verbündeten und vereinigten Mächte wurde Deutschland noch während des Kriegs durch ihre hauptsächlichsten Staatsmänner klar dargelegt. Es wurde vom Präsidenten Wilson in seiner Rede vom 16. April 1918 umrissen und ist vom deutschen Volk ausdru-

lich und bestimmt als leitendes Friedensprinzip angenommen worden.

Deutschland hat noch einmal gesagt, daß die Gewalt und nur die Gewalt entscheiden werde. Es ist also für mich nur ein Antwort möglich: Gewalt, Gewalt bis zum äußersten.

Diese Haltung wurde in der Rede des englischen ersten Ministers vom 14. Dezember 1917 klar bezeichnet:

„Es gibt in keinem Lande Sicherheit, wenn die Fähtigung nicht eine gewissenhafte ist. Es gibt keinen Schatz für das Leben, für die Güter, für das Geld in dem Staat, wenn das Verbrechen mächtiger ist, als das Recht. In der Weltgeschichte hat es oft verwerfliche Staaten gegeben. Ich habe es in diesem Augenblick mit einem solchen Staat zu tun. Es wird immer verwerfliche Staaten geben bis zu einem Zeitpunkt, wo wir durch eine internationale Ueberensicht befähigt sein werden, internationale Verbrechen durch gemeinsame Maßnahmen zu manen.“

Der gleiche Punkt wurde dargelegt in der Rede Clemenceaus vom 17. September 1918:

„Was wollen sie, die französischen Soldaten? Was wollen wir selbst? Kämpfen und unaufhörlich siegreich kämpfen bis zu der Stunde, wo der Feind begriffen wird, daß kein Kompromiß möglich ist zwischen einem solchen Verbrechen und der Gerechtigkeit. Wir wollen nur den Frieden und nur wollen eine Gerechtigkeit, die dauerhaft gehalten ist, damit den kommenden Generationen die Grusel der Vergangenheit erspart bleiben.“

Dr. Lando hat ebenfalls am 3. Oktober erklärt:

„Wir werden den Frieden erhalten, wenn unsere Feinde erkennen werden, daß die Menschheit das Recht und die Pflicht hat, sich gegen die Fortdauer der Ursachen zu schützen, die dieses schreckliche Gemetzel demirkt haben. Die Welt wird anerkennen, daß es zur Wiederherstellung der stützigen Ordnung nicht genügt, wenn derjenige, dessen widerrechtliches Unternehmen schlichtete, erklärt, er habe auf seine Pflicht verzichtet. Die Fragen, die das friedliche Leben der Nationen in seinen Wesen berühren, müssen, wenn sie einmal gestellt sind, die Lösung erhalten, welche die Gerechtigkeit erfordert.“

Gerechtigkeit verlangt die deutsche Delegation. Gerechtigkeit, erklärt die deutsche Delegation, hat man Deutschland versprochen. Deutschland wird Gerechtigkeit zuteil werden, aber es muß eine Gerechtigkeit für alle sein, für die Toten, für die Verwundeten, für die Waisen, für alle Trauernden, damit Europa von dem preussischen Despotismus befreit wird; damit den Völkern Gerechtigkeit zuteil wird, die heute unter der Last einer Kriegsschuld wandeln, die 30 Milliarden Pfund beträgt und die sie auf sich laden müssen, um die Freiheit zu erhalten; damit Gerechtigkeit geschehe, den Millionen von menschlichen Wesen, deren Heim, Boden und Habe die deutsche Grausamkeit geplündert und zerstört hat.

Deshalb haben die verbündeten Mächte nachdrücklich erklärt, daß Deutschland als allererste Bedingung des Vertrags den Wechsel der Wiedergutmachung bis zur äußersten Grenze seiner Leistungsfähigkeit übernehmen muß. Deshalb bringen sie darauf, daß die Persönlichkeiten, die am offensichtlichsten die verantwortlichsten für den Angriff Deutschlands sowie die Akte der Barbarei und der Unmenschlichkeit, welche die gegnerische Partei in der Kriegführung angewendet hat, der Gerechtigkeit überantwortet werden, der sie bisher in ihrem Lande nicht unterzogen worden sind. Deshalb auch muß sich Deutschland während einiger Jahre gewissen Einschränkungen und Sonderbestimmungen unterwerfen.

Deutschland hat die Industrien zu Grunde gerichtet und die Fabriken der benachbarten Länder zerstört, mit der Absicht, seiner eigenen Industrie zu ermöglichen, sich der Märkte dieser Länder zu bemächtigen. Deutschland hat seine Nachbarn alles dessen beraubt, was es benutzen und fortführen konnte. Es zerstörte Schiffe aller Nationen auf offener See, wo keine Rettungsmöglichkeit für die Reisenden und Besatzungen vorhanden war. Es ist nur gerecht, daß die Wiedergutmachung erfolgt. Wenn darin eine harte Belastung für Deutschland liegt, so hat es dies sich selbst zugezogen. Jemand muß die Folgen des Kriegs tragen. Allen denen, die das Recht auf Gerechtigkeit haben, die Gerechtigkeit nicht geben, heize die Welt neuen Katastrophen ausliefern.

Die deutsche Denkschrift behauptet, daß der deutschen Revolution Rechnung getragen werden müsse und daß das deutsche Volk nicht verantwortlich sei für die Politik seiner Regierungen, da es sie von der Macht gestürzt habe. Die verbündeten Regierungen erkennen den eingetretenen Wechsel an und freuen sich dessen. Diese Aenderung stellt eine große Hoffnung auf Frieden und Ordnung in Europa dar, aber sie kann die Begleichung des Kriegs an und für sich nicht be-

ren. Die deutsche Revolution wurde aufgeschoben, bis die deutschen Armeen im Felde geschlagen waren. Während des Kriegs wie auch vorher haben das deutsche Volk und seine Vertreter Kredite bewilligt, Kriegsanleihen gezeichnet, allen Befehlen ihrer Regierung gehorcht, sie teilen die Verantwortlichkeit der Politik ihrer Regierung, welche sie in jedem Augenblick, wenn sie gewollt hätten, hätten stützen können. Wenn diese Politik der deutschen Regierung erfolgreich gewesen wäre, so hätte sie das deutsche Volk mit unvorstellbarem Wohlstand beglückt, wie es den Ausbruch des Kriegs begrüßt hat. Die verbündeten Mächte halten deshalb dafür, daß der Friede, den sie vorgeschlagen haben, wesentlich ein Friede der Gerechtigkeit ist.

Sie sind nicht weniger überzeugt davon, daß es ein Rechtsfriede ist gemäß den im Augenblick des Waffenstillstands angenommenen Grundsätzen. Man kann nicht an der Absicht der verbündeten Mächte zweifeln, als Grundlage der europäischen Neuordnung den Grundsatz angenommen zu haben, die unterdrückten Völker zu befreien und die nationalen Grenzen so viel als möglich entsprechend dem Sinn der interessierten Völker zu ziehen. Diese Absicht wurde eröffnet in der Rede des Präsidenten Wilson vom 8. Jan. 1918 wie in den in seinen folgenden Reden erwähnten Grundsätzen der Neuordnung, welche die angenommenen Grundlagen des Friedens gewesen sind.

In Anwendung dieser Grundsätze haben die verbündeten Regierungen Bestimmungen getroffen, um Polen als unabhängigen Staat wieder herzustellen mit einem freien und sicheren Zugang zum Meer. Ueberall, wo der Wille der Bevölkerung zweifelhaft ist, wird eine Volksabstimmung vorgesehen. Die Stadt Danzig wird die Verfassung einer freien Stadt erhalten. Ihre Einwohner werden als selbständig anerkannt, sie werden nicht in die Herrschaft Polens übergeben. Polen wird gewisse wirtschaftliche Rechte in Danzig erhalten. Die Stadt selbst wurde von Deutschland losgelöst, weil kein anderes Mittel möglich war, um einen freien und sicheren Zugang zum Meer zu bewirken, den Deutschland einzuräumen versprochen hat. Die deutschen Gegenentwürfe stehen in vollem Widerspruch zu der für den Friedensschluß angenommenen Grundlage und können daher von den Mächten nicht angenommen werden.

Die deutsche Note hat indessen die Berichtigung begründet, die vorgenommen werden wird, betreffs der Behauptung, daß Oberschlesien, obwohl von einer polnischen Mehrheit in der Proportion von 2 zu 1 d. h. 1.250.000 gegen 650.000 gemäß der deutschen Volkszählung von 1910 bewohnt, deutsch zu bleiben wünscht. Die Mächte willigen darin, daß die Frage, ob Oberschlesien einen Bestandteil Polens oder Deutschlands bleiben soll, durch Abstimmung der Bewohner selbst entschieden wird.

Das von den verbündeten Mächten vorgeschlagene Regime für das Gebiet des Saarbeckens soll 15 Jahre dauern. Dieses Gebiet gelangt nicht unter französische Herrschaft, sondern unter die Kontrolle des Völkerbunds. Diese Lösung hat den Vorteil, keinerlei Annexion in sich zu schließen, trotzdem Frankreich das Eigentumsrecht an den Gruben zuerkannt wird. Nach Verlauf von 15 Jahren wird die Bevölkerung, welche in der Zwischenzeit unter der Ueberwachung und Regierung der Gesellschaft der Nationen die Kontrolle über ihre örtlichen Angelegenheiten ausgeübt hat, volle Freiheit besitzen, um zu entscheiden, ob sie Vereinigung mit Deutschland, Vereinigung mit Frankreich oder Fortsetzung der im Vertrag vorgesehenen Verwaltung wünscht.

Die Gebiete, welche man von Deutschland an Dänemark und an Belgien zu übertragen beabsichtigt, wurden teilweise gewaltsam von Preußen genommen und einverleibt. Die Uebertragung wird nur erfolgen, wenn sie das Ergebnis eines Entschlusses der Einwohner sein wird. Endlich sind die verbündeten Mächte der Ansicht, daß die Eingeborenen der deutschen Kolonien sich lebhaft dem Gedanken widersetzen, unter deutsche Oberherrschaft zurückzufallen. Die verkommene deutsche Verwaltung, die deutschen Regierungsmethoden, sowie der Gebrauch, der in den Kolonien gemacht wurde, um sie als Grundlage zu gebrauchen von wo aus man glaubte, sich auf den Weltmarkt stützen zu können, machen es den verbündeten Mächten unmöglich, diese Kolonien Deutschland zurückzugeben.



... ihm die Verantwortung anzuvertrauen, ihre Wohnstätten zu erhalten und zu bilden. Die Vorschläge betreffen die internationale Verwaltung der Flüsse bildend eine Ergänzung zu den Bestimmungen über die Länder, daß nämlich die Binnenstaaten auf den ihr Gebiet durchfließenden Flüssen Zugang zum Meere erhalten. Es besteht bei den verbündeten Mächten in keiner Weise die Absicht, Deutschland zu erdroffeln und es zu verhindern, im internationalen Handel die Stellung einzunehmen, die ihm zukommt, vorausgesetzt, daß es die Bedingungen des Friedensvertrags erfüllt und seine Methoden des Angreifens und Ansehens aufgibt, die sein Geschäftsgebaren wie seine Politik kennzeichnen.

Es ist die Absicht der verbündeten Mächte, daß Deutschland eine gleichmäßige Behandlung genieße in Bezug auf den Einkauf von Rohmaterialien und den Verkauf von Waren unter dem Vorbehalt der zeitlich bereits eingeführten Maßnahmen, die im Interesse der durch Deutschlands Taten zerstörten und geschwächten Nationen ergriffen worden sind. Auch Deutschland soll an dem wieder wachsenden Wohlstand der Völker teilnehmen, aber auf viele Jahre hinaus wird noch ein beträchtlicher Teil des Wohlstands Deutschlands dazu dienen müssen, bei den Nachbarn die Schäden wieder auszubessern, welche Deutschland verschuldet.

Die Vorschläge der verbündeten Mächte bezüglich der Wiedergutmachung bezwecken keine Einschränkung in das innere Leben Deutschlands, wie die deutsche Denkschrift behauptet. Infolgedessen sind die verbündeten Mächte nicht gewillt, sie abzuändern, aber sie erkennen die Vorteile an, die daraus erwachsen, wenn man so schnell wie möglich den Betrag kennen lernt, welchen Deutschland zahlen muß und wo annehmen können. Dieser Betrag kann nicht sofort festgelegt werden, da die Höhe des Schadens und die Kosten der Wiedergutmachung noch nicht festgelegt werden konnten. Infolgedessen willigen die verbündeten Mächte ein, Deutschland zu gestatten, sich ein Gesamtbild der Verletzungen und Schäden und in der Frist von vier Monaten von der Vertragsunterzeichnung an, Vorschläge für die Zahlung des von ihm verschuldeten Schadens zu machen. Falls man im Lauf von zwei Monaten, welche der Inkraftsetzung des Vertrags folgen, zu einer Einigung gelangen kann, wird die genaue pekuniäre Verantwortlichkeit Deutschlands so festgelegt werden. Falls in dieser Frist eine Einigung nicht abgeschlossen ist, wird das im Vertrag vorgesehene Abkommen ausgeführt werden.

Die verbündeten Mächte können der Forderung der deutschen Abordnung auf sofortige Zulassung Deutschlands zur Gesellschaft der Nationen nicht nachkommen. Die deutsche Revolution bietet keinerlei Garantie, daß sie eine dauernde Aenderung darstellt. Bei dem augenblicklichen Zustand des internationalen öffentlichen Gefühls kann man von den freien Nationen der Welt nicht erwarten, daß sie sich unverzüglich und auf dem Fuß der Gleichheit mit denen vereinigen, die ihnen so großes Unrecht zugefügt haben. Aber wenn das deutsche Volk durch Handlungen seine Absicht, die Friedensbedingungen zu erfüllen, seine endgültige Verzichtleistung auf Angriffspolitik und seine Umwandlung in ein Volk bekundet, mit welchem man auf freundschaftlichem Fuße in guter Nachbarschaft leben kann, so wird es möglich sein, in nicht ferner Zukunft die Gesellschaft der Nationen zu vervollständigen, indem man Deutschland zuläßt. Es wird hauptsächlich von der Haltung des deutschen Volks selbst abhängen, den Zeitpunkt seines Eintritts in die Gesellschaft der Nationen näher zu bringen.

Die verbündeten Mächte erklären, daß die Blockade

Deutschlands eine gezielte Kriegsmassnahme ist und nur infolge des verwerflichen Charakters des von Deutschland unternommenen Kriegs und der von Deutschland durchgeführten barbarischen Kriegsmethoden, jedoch stets gemäß dem internationalen Rechte verschärft werden mußte.

Schließlich erklären die verbündeten Mächte, daß ihre heute übermittelten Bedingungen ihr letztes Wort sind. Der Vertrag, wie er heute aufgestellt ist, repräsentiert den aufrichtigen Versuch, eine Herrschaft des Rechtes zu errichten. Als solcher muß er im Wortlaut angenommen oder verworfen werden. Die verbündeten Mächte erwarten binnen 5 Tagen eine Erklärung, wonach die deutsche Abordnung bereit ist, den Vertrag, so wie er ist, zu unterzeichnen. Andernfalls stellt die gegenwärtige Mitteilung die Kündigung im Sinne des Artikels 2 des Abkommens vom 16. Februar 1919 über die Verlängerung des Waffenstillstands dar. Infolgedessen wird der Waffenstillstand ein Ende finden und die verbündeten Mächte werden die Maßnahmen ergreifen, die sie für erforderlich halten, um ihre Bedingungen aufzuerlegen.

Berlin, 17. Juni. Gegen die Zwischenfälle bei der Abfahrt der Mitglieder der deutschen Friedensabordnung aus Versailles, hat Graf Brodorski-Mantau scharfen Protest eingelegt.

Neues vom Tage.

Die bayerischen Gemeindevahlen.

München, 17. Juni. Bei der Bürgermeistereiwahl in München wurden abgegeben 287 888 Stimmen. Kulturminister a. D. Müller (Zent.) erhielt 78 469; Stadtschreiber Scheid, fröh. Militärminister (U.S.P.) 77 257; Rechtsanwalt Dr. Konrad (D.P.) 34 609; Redakteur E. Schmid (Meh. heilssozialist) 45 673. Stadtwahlpräsident Drilling und Scheid, die durch den Stadtrat selbst zu erfolgen hat. Ausgänge augenblicklich noch unbekannt. Kreiswahl: U.S.P. 77 768; Zent. 67 706; Soz. 45 552; D.P. 34 833; Rechtsblock 16 857.

Der Krieg im Osten.

Breslau, 17. Juni. Da die polnische Regierung schon seit 12 Tagen die Grenze gegen Schischon völlig gesperrt hat und andererseits polnische Verbände gegen deutsche Eisenbahnanlagen sich bewegen, hat das Generalkommando im Einverständnis mit dem Reichs- und dem preuss. Staatskommissar die schlesische Grenze gegen Polen gesperrt.

Helsingfors, 17. Juni. Ein russischer Jurist meldet, daß die Truppen der Moskauer Sowjetregierung nach dreitägigen Kämpfen Ufa eingenommen haben.

London, 17. Juni. Reuter meldet: Die polnischen Truppen haben in Ostgalizien an der Jolota-Lipa mehrere tausend Gefangene gemacht, viel Kriegsmaterial erbeutet und die Fählung mit vier polnischen Divisionen, die von Odessa herbeimarschiert waren, hergestellt.

Helsingfors, 17. Juni. Die deutschen Entfestigungsarbeiten auf den Alandinseln begannen am 10. Juni. Sie werden durch deutsche und finnische Arbeitskräfte ausgeführt.

London, 17. Juni. „Daily Mail“ meldet aus Helsingfors: Die Festung Kronstadt steht in Brand. Einige Forts haben die weiße Flagge gehißt. Sieben bolschewistische Kriegsschiffe haben die weiße Flagge gehißt und sind auf dem Weg, sich dem britischen Geschwader zu übergeben.

London, 17. Juni. (Reuter.) Nach einem Telegramm aus Omsk vom 9. Juni sehen die Truppen Koltchaks die Offensive fort. Sie vernichteten mehrere rote Bataillone, drangen südlich nach Perm und brachten 12 roten Regimentern bei Agays in Richtung

Barayul eine Niederlage bei. Die Uralkosaken schlugen ebenfalls die Roten und machten tausend Gefangene.

Eine Note Kenners.

St. Germain, 17. Juni. Der österreichische Staatskanzler Renner hat der Friedenskonferenz eine Note zugehen lassen, die gegen die Abtrennung der Deutschen in Böhmen und Oesterreichisch-Schlesien Einspruch erhebt. Es sei ein schweres Unrecht, dadurch zwei zu unaufhörlicher gegenseitiger Feindschaft verurteilte Kleinstaaten der Deutschen und Tschechen zu schaffen. Damit werde ein anderes Maß-Bohringen in doppeltem Umfang errichtet. Dagegen verlangt die Note, daß das deutsche Gebiet in den Sudeten befreit und je ein konstituierender Landtag für Deutsch-Böhmen und die Sudetenländer nach Abzug der tschechischen Truppen gewählt werde; über die Staatszugehörigkeit der letzteren soll eine Volksabstimmung entscheiden. Der Note ist ein Vorschlag der Besitzer der bedeutendsten österreichisch-schlesischen Kohlenbergwerke beigelegt, dieses Revier zu internationalisieren.

Unmittelbar nach der Note über das Sudetenland hat Staatssekretär Dr. Renner eine weitere Note überreicht, der eine ausführliche Denkschrift über die sonstigen Gebietsfragen Deutsch-Oesterreichs beigelegt ist. Für den Fall, daß nicht alle Sudeten-Deutschen ihren freigelegten Entschluß, unserem Staate anzugehören, durchsetzen können, werden die Gebiete des deutschen Böhmerwaldgebietes, Deutsch-Südböhmens und Deutsch-Schmährens angefordert.

Die amerikanische Leistung.

Haag, 17. Juni. Die „National Review“ veröffentlicht unter dem Titel „Die amerikanische Leistung“ einen Aufsatz, der die Leistung des amerikanischen Heeres in Frankreich so fast wie möglich herabdrückt und zum Schluß feststellt, daß die Deutschen in der großen Argonnen Schlacht vom 26. September bis 11. November 1918 nach der Berechnung des französischen Generalstabes mit 60 000 Gewehre gegen 260 000 amerikanische hatten.

Wilson sagt sich nicht.

Washington, 16. Juni. (Reuter.) Auf die Entschließung des Senats, die den vollständigen Text des Friedensvertrags fordert, teilte Wilson durch das Staatsamt mit, die Mitteilung des Friedensvertrags widerstreche den öffentlichen Interessen, da der Vertrag unvollständig sei und noch über viele Punkte verhandelt werde.

Wilson agitiert für den Völkerbund.

Washington, 17. Juni. (Reuter.) Nach seiner Rückkehr nach den Vereinigten Staaten wird Präsident Wilson eine Rundreise durch das Land antreten und Reden zu Gunsten des Völkerbunds halten.

Arbeiterbewegung in Frankreich.

Marseille, 16. Juni. (Havas.) Im Garonnebecken ist am Montag der Ausstand der Bergarbeiter zum Generalstreik geworden. Im Cornouy-Gebiet, sowie in Saint-Etienne und Umgebung haben die Bergleute am Sonntag beschloffen, die Arbeit niederzulegen.

Streik in Kanada.

London, 17. Juni. „Daily Mail“ meldet aus Toronto, daß die Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten die Weisung erhalten haben, am Mittwoch in den Ausstand zu treten. Es handelt sich um 30 000 Arbeiter in ganz Kanada.

Kämpfe in Mexiko.

Washington, 17. Juni. (Reuter.) Die Amerikaner hatten gestern Morgen bei Suarez ein siegreiches Gefecht mit Rebellen und machten viele Gefangene. Die Truppen Villas sollen südlich von Suarez die Flucht erlitten haben und von den Amerikanern verfolgt werden.

Selbst geschmiedet.

Roman von A. v. Troschütz.

(Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Trotzdem er sich bemühte, mit vollster Gelassenheit zu sprechen, konnte der Graf die eigene Unruhe kaum verbergen. Das Ende eines Zweikampfes war stets zweifelhaft. Und Egon war der letzte seines Stammes! „Gut, Onkel, es sei, du sollst alles wissen! Genugtuung? Ja, die könnte ich mir in diesem Falle nur mit der Reue verschaffen, denn der Mensch, welcher es wagte, meine Ehre anzugreifen, ist meiner Ansicht nach nicht satisfaktionsfähig!“

„Nicht? —? Nun, dann verstehe ich die Aufregung immer weniger!“

„Onkel, du weißt, daß ich Anneliese liebe und mit jedem Blick um ihre Gunst werbe! Stelle dir nun vor, als ich sie im Park bei einem Rendezvous überraschte —“

„Mit dem Ingenieur Schellen?“ vollendete tonlos der alte Herr. „Und er hat dich beleidigt? Dann hast du wohl angefangen, denn ich kenne ihn als ruhigen, besonnenen Menschen.“

„Ja, wenn du, ohne mich zu hören, Partei gegen mich nimmst —“

„Durchaus nicht, Egon, du verstehst mich falsch!“

„Nun gut. Also ich gebe dir die Versicherung, daß ich dem Ingenieur in durchaus verbindlicher, höflicher Form begegnete, von ihm aber sofort mit beleidigenden Auslassungen überhäuft wurde. Er schien die Gelegenheit, mir die unerträglichsten Dinge ins Gesicht zu schleudern, mit einer wahrhaftigen Freude zu begrüßen.“

„Anneliese muß nicht mehr wissen, was sie tut, sonst könnte sie sich nicht zu einem solchen Stellbildchen herabwürdigen!“

„Ja, es ist auch von ihr unverzeihlich, dich in dieser Weise zu hintergehen und zu betrügen —“

„Sie wird Abschied von Schellen genommen haben, verurteilt sie nicht zu hart, Egon. Bedenke, daß wir in wenigen Tagen weit fort von hier sein werden, und daß du dann keinen Kladder mehr zu fürchten hast.“

„Erwartest du vielleicht, Onkel, daß ich diesen Schimpf auf mir sitzen lasse?“ Anneliese wegen könntest du Rücksicht üben, das arme Kind leidet sehr.“

Ein Diener war eingetreten und machte geräuschlos Licht. Als er wieder gegangen war, fuhr Graf Harold, der sah, daß Egon heftig widersprechen wollte, mit erhobener Stimme fort:

„Ich wünsche nicht, daß du den Ingenieur schonst, mein Junge, keineswegs! Ich würde sagen: züchtige ihn, wie er es verdient hat! Aber wir müssen an Anneliese denken. Und deshalb schlag' dir die ganze Geschichte aus dem Sinn, das ist der Rat, den ich dir gebe!“

„Den ich aber, verzeh' lieber Onkel, nicht so ohne weiteres annehmen kann. Ich muß dem gewalttätigen Burlesken einen Denzettel geben!“

„Gut, so handle nach eigenem Ermessen und trage die Folgen deiner Rachsucht. Laß mich jetzt allein, die Sache hat mich sehr angegriffen, ich bedarf der Ruhe.“

Egon ging. Draußen kämpfte er mit dem Fuß auf. Es ist, als hätten die beiden ihn verzaubert, er hält zu ihnen, was sie auch beginnen mögen, und immer bin ich es, der im Recht ist.“

9. Kapitel.

Graf Harold sank erschöpft in seinen Sessel. Er sah das Unheil greifbar nahe vor sich. Der Ingenieur ließ sich von Egon nichts bieten, er würde jeden Angriff mit der ihm eigenen Ueberlegenheit begegnen. Er war Egon gegenüber sowohl geistig wie körperlich im Vorteil. Wehe jedem, der es wagte, den Zorn dieses Hünen zu reizen!

Von Egon war aber nicht zu erwarten, daß er dem Rivalen aus dem Wege ging oder ihn auch nur schonte. Und all das drohende Unheil hatte Anneliese dadurch heraufbeschworen, daß sie ihr junges Herz dem bürgerlichen Manne schenkte. Er wollte ihr zürnen, aber seine väterliche Güte ließ keinen Zorn gegen sie aufkommen.

„Armes Kind,“ murmelte er, „arme Kleine, sie sieht blaß und schmal aus und scheint alles Vertrauen zu mir verloren zu haben. Wüßte ich nur, wie man ihr helfen könnte!“

Blöthlich erhob er sich mit fast jugendlicher Elastizität. „Ich hab's! Ich biete Schellen Geld, ein Vermögen! Ich will ihn reichlich entschädigen, wenn er verspricht, Anneliese aufzugeben.“

Er begab sich an seinen Schreibtisch, nahm ein Paket Bantnoten heraus, die ihm heute morgen erst ein Pächter gebracht hatte, und steckte sie zu sich. Dann ging er hinaus und ließ sich von dem alten Friedrich den Mantel umlegen.

„Ich will noch einen Spaziergang machen, Friedrich.“

„Ew. Gnaden gestatten doch meine Begleitung,“ meinte der Getreue erschrocken.

„Diesmal nicht,“ lautete die kurze Antwort, „ich will allein sein.“

Friedrich öffnete seinem Herrn das Portal und sah ihm nach, bis er zwischen den hohen Tarnhecken seinen Blick entschwand.

Der Graf Schritt rüstig vorwärts. „Ich glaube sicher, daß der Ingenieur sich noch hier im Park aufhält, in der Hoffnung, Anneliese nochmals zu sehen,“ dachte er, „wenn ich ihn jetzt treffe, wird es mir gewiß gelingen, ihn zur Reue zu bringen.“

Und wie jemand, der seines Sieges unbedingt sicher ist, schritt er tiefer in die verschlungenen, von hohen Büschen umsäumten Wege des Parks hinein.

Reinhold's Stimmung war durch die Begegnung mit Anneliese weiter noch düsterer und verzweifelter geworden, denn er hatte die feste Ueberzeugung erlangt, daß Egon der erbitterte Feind des jungen Mädchens sei.

Er hatte den Park verlassen, aber in die Stadt zu gehen, konnte er sich nicht entschließen. Nachdenklich durchmoch er die Promenadenwege. Immer wieder lehrten seine Gedanken zu dem mutvergeerten Gesicht des jungen Grafen, zu dessen haßerfüllten Augen zurück.

Und in der Begleitung und steten Gesellschaft dieses Heuchlers mußte Anneliese die nächsten Monate, vielleicht ein ganzes Jahr verbringen. Was konnte da nicht alles geschehen!

Egon war der Stammhalter des alten Grafengeschlechts und als solcher von seinem Ohm geliebt und bevorzugt. Wie leicht mühte es ihm sein, mit seiner glatten Stirn und den einschmeichelnden Worten den Greis zu täuschen, der kaum von schwerem Leiden genesen war.

Fortsetzung folgt.

Amliches.

Bekanntmachung betr. Vocken in Nagold.

Die zum Schutz vor Ansteckungsgefahr geschlossene Wirtschaft zur Traube ist dem Verkehr wieder geoffnet, nachdem die Wohnung desinfiziert und die Bewohner mit Erfolg geimpft sind.

Den 16. Juni 1919.

Münz.

Ueber den Verkehr mit Heu aus der Ernte 1919.

Auf Grund der Bundesratsverordnung über die wirtschaftliche Demobilisierung vom 7. Nov. 1918 (R. G. Bl. S. 1292) wird verfügt:

§ 1.

Heu darf nur gegen Bezugschein ausgetauscht und abgeleitet werden. Bezugscheine werden nur dem erteilt, der das Heu in seiner Wirtschaft selbst braucht. Die Ausstellung der Bezugscheine erfolgt:

- 1. für den Bezug im Wohnort oder in andern Gemeinden des Wohnbezirks durch den Kommunalverband,
2. für den Bezug in andern Oberamtsbezirken durch die Landesfüttermittelfstelle.

§ 2.

Die Ausfuhr von Heu aus dem Bezirk eines Kommunalverbands ist nur mit Genehmigung des Oberamts, in Stuttgart des Stadtschultheißenamts, zulässig. Die Genehmigung wird, soweit das Heu mit der Eisenbahn ausgeführt wird, durch Abstempelung des Frachtbills, wenn die Ausfuhr aus dem Bezirk mit der Kasse erfolgt, durch Ausstellung eines Beförderungsscheins erteilt. Den Beförderungsschein, der auf einen bestimmten Tag lautet, hat der Begleiter des Fuhrwerks, mit dem das Heu ausgeführt wird, bei sich zu führen. Bei der Beförderung von Heu auf der Eisenbahn sind nachträgliche Verkaufsverfügungen des Absenders in allen Fällen nur zulässig, wenn sie den Stempel des Kommunalverbands tragen.

§ 3.

Ueber Beschwerden wegen Verweigerung der in § 2 bezeichneten Ausfuhrerlaubnis entscheidet die Landesfüttermittelfstelle endgültig.

§ 4.

Die Ausfuhr von Heu aus Württemberg ist nach der Verfügung des Stellv. O. A. XIII A. vom 19. Febr. 1916 (Kriegsbeil. V zum Min. Amtsbl. S. 331), welche nach dem Aufhören des Belagerungszustandes in Wirkung geblieben ist, verboten. Ausnahmen können in besonders dringenden Fällen von der Landesfüttermittelfstelle zugelassen werden.

§ 5.

Diese Verfügung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Die Oberämter werden beauftragt, je einen der ihnen zugehenden Sonderabdrucke dieser Verfügung den Gemeindebehörden zuzustellen und dafür zu sorgen, daß dieselbe in den Gemeinden ungefälscht ortsfest bekannt gemacht wird.

Unter Hinweis auf obige im Staatsanzeiger vom 14. Juni d. J. Nr. 131 veröffentlichte Verfügung des Staatskommissars für wirtschaftliche Demobilisierung über den Verkehr mit Heu aus der Ernte 1919 werden die Schultheißenämter ersucht, diese Verfügung ungefälscht ortsfest bekannt zu geben.

Nagold, den 16. Juni 1919.

Oberamt: Münz.

Abgabe von Milch an Ausfremde.

An die gemäß der Bekanntmachung in „Aus den Tannen“ Nr. 116 v. 21. Mai zugelassenen Ausfremden darf Milch nur nach den folgenden, für die drilichen Versorgungsbedürfnisse geltenden Sätzen, verabreicht werden und zwar an:

Table with 2 columns: Category and Quantity. Includes children (1-2 years, 3-4, 5-6, 7-14), pregnant women, nursing women, sick people, and elderly people.

Die Abgabe weiterer Mengen ist verboten, auch dann wenn ein ärztliches Zeugnis mehr vorschreibt. Die obigen Sätze sind Höchstmengen, welche nach Notwendigkeit ermäßigt werden können. Ausfremde haben nur dann Anspruch auf Milchbezug, wenn die nach Deckung des Bedarfs der drilichen Verbraucher vorhandenen Milchmengen hierzu ausreichen. Das Gleiche gilt auch für solche Ortsfremde, welche bei Verwandten unentgeltlich beherbergt werden.

Milch an Ausfremde darf nur durch die drilichen Sammelstellen nach Einweisung durch den Ortsvorsteher abgegeben werden. Die oberamtliche Ausrufenthaltsgenehmigung ist bei der Anmeldung vorzulegen. Ausnahmen werden nur in solchen Fällen gestattet, in denen die Inhaber von Gaststätten Ruhhalter sind. Denselben werden die im Rahmen obiger Vorschriften abgegebenen Milchmengen auf die Jahreslieferung angerechnet. Der Nachweis über die Zahl der verkauften Milchmengen ist am Ende jeden Monats dem (Stadt-)Schultheißenamt zu übergeben, welches die Eintragung in die Aufbringungslisten durch den Vertrauensmann veranlaßt.

Für sämtliche an Ausfremde abgegebene Milch ist der Sammelstellenpreis, an Gastgeber der Erzeugerpreis zu entrichten. Besondere Zuschläge werden nur in Ausnahmefällen erhoben.

Es ist verboten und strafbar, außer vom Gastgeber, Milch direkt vom Ruhhalter zu beziehen. Sammelende Kurzgäste haben sofortige Ausweisung und Bestrafung zu gewärtigen.

Die (Stadt-)Schultheißenämter werden beauftragt, die Einhaltung dieser Vorschriften zu überwachen und Verstößen dem Oberamt zur Anzeige zu bringen.

Nagold, den 17. Juni 1919.

Oberamt: Münz.

Landesnachrichten.

Altensteig, 18. Juni 1919.

* Der Schiedspruch im Schreinerzweig. Zu dem gestrigen Bericht der Freien Schreiner-Innung des Oberamtsbezirks Nagold habe ich ergänzend zu bemerken: Der vom Schlichtungsausschuß abgegebene Schiedspruch, welcher erst am Tage nach der Versammlung in seinem vollen Wortlaut hier einging, lautet: Die Facharbeiter (Schreiner und gelernte Maschinenarbeiter) der in Nagold, Altensteig und Ebhausen in Betracht kommenden Betriebe erhalten zu dem am 1. April 1919 bestehenden Löhnen ab 1. Mai eine Teuerungszulage von 40 Bfg. die Stunde. Als Mindeststundenlohn einschließl. Teuerungszulage gilt ab 1. Mai 1919 der Satz von M. 1.55. Die Parteien haben die Erklärung, ob sie sich dem Schiedspruch unterwerfen, bis spätestens Samstag, den 21. Juni 1919, dem Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses gegenüber schriftlich abzugeben. Der Schiedspruch ist keine gesetzliche Verordnung, sondern die Parteien haben das Recht, denselben abzulehnen. Die bei der Versammlung anwesenden Mitglieder beschloßen jedoch, sich dem Schiedspruch zu unterwerfen. Ausgenommen sollen nur, wie in dem 4-jährigen Bericht schon bekannt gegeben, diejenigen jungen Arbeiter über 18 Jahre sein, die den Mindestlohn nicht verdienen. Des weiteren wurde die Frage, inwieweit den Hilfsarbeitern und jugendlichen Arbeitern, die nicht unter den Schiedspruch fallen, mit einer Teuerungszulage entgegengekommen werden soll, behandelt. Da derartige Leute nur in größeren Betrieben beschäftigt werden, konnte unter den Inhabern dieser Betriebe bald eine Einigung dahin erzielt werden, daß diese Leute nach Maßgabe ihrer Leistungen ebenfalls eine angemessene Teuerungszulage bekommen sollen, welche sich jedoch im Rahmen des Tarifs für die Sägewerksbetriebe bewegen sollen. Es wurde mit Recht zur Geltung gebracht, daß diesen Leuten keinesfalls eine andere Lohnung zusteht, als den Hilfs- und Hilfsarbeitern eines Sägewerksbetriebs, da auch die Arbeitsleistungen die gleichen sind.

H. Zimmermann, Möbelschl.

- Die Württemberg in Saloniki. In den letzten Tagen sind die ersten Nachrichten über die in Saloniki unterbrachten Teile der 7. Landwehr-Div. eingetroffen. Die Truppen sind im Lager Milka bei Saloniki interniert, also nicht gefangen. Der Gesundheitszustand ist vorzüglich, die Verpflegung gut. Die Abberückung der insgesamt 6000 Mann nach der Heimat wird Mitte Juni beginnen. Allerdings wird von einzelnen Stellen befürchtet, daß die Franzosen die Abberückung hinauszuziehen werden, bis die Entscheidung über Unterzeichnung oder Nichtunterzeichnung des Vorfriedensvertrages gefallen ist.

- Die Kriegsanleihen als Zahlungsmittel. Die Kriegsanleihen wurden bisher zum Kennwerte angenommen beim Verkauf von Heeresgütern und Material im Besitz von Kriegsgesellschaften, und zwar weil bei Ausgabe der 8. und 9. Kriegsanleihe solches versprochen worden war. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, hebt das Reichsfinanzministerium nunmehr diese Vergünstigung auf; doch sollen die wirklichen Zeichner von Kriegsanleihen auch weiter das Recht haben, die genannten Güter mit Kriegsanleihe nach dem Kennwerte zu bezahlen.

- Die neuen amtlichen württembergischen Briefmarken mit dem Aufdruck „Volkstaat Württemberg“ sind am 16. Juni zur Ausgabe gelangt. Es handelt sich um eine Reihe von 11 Marken (zu 2 1/2, 3, 5, 7 1/2, 10, 15, 20, 25, 35, 40 und 50 Pfennig), die nur für den amtlichen Bezirks-(Oberamts-)Verkehr innerhalb Württembergs verwendet werden dürfen. Die andere Reihe neuer Marken für den dienstlichen Verkehr der Staatsbehörden ist noch nicht fertig. Die neuen Marken sollten am zweckmäßigsten bei der Jubiläums-Markenshelle des Stuttgarter Hauptpostamts im ersten Stof (Fernsprecher 10925) eingekauft oder bestellt werden.

- Jubiläum der Postkarte. In diesem Jahre sind 50 Jahre seit der Einführung der Postkarte verstrichen. Ihr Erfinder ist Dr. Emanuel Herrmann, Professor der Nationalökonomie, geb. 1839 zu Klagenfurt, gest. 1902 zu Wien.

- 4000 kg. Nepsamen sind nach der „Schw. Tagwacht“ auf dem Weg von einem südtürkischen Gutshof in Oberschwaben nach Stuttgart verfrachtet worden.

- Waldbesitzerverband. Am 14. Juni wurde in Heilbronn ein Reichsverband der deutschen Waldbesitzervereine mit dem Sitz in Berlin gegründet.

|| Nordstetten O. A. Horb, 17. Juni (Brand). Gestern Nachmittag sind die beiden zusammengebauten Holzschuppen des Schreiners Felix Bod und des Rader Schneiderhan aus unbekannter Ursache vollständig abgebrannt. Der Feuerwehr gelang es, den Brand auf seinen Herd zu beschränken.

* Horb, 15. Juni. (Getrunken.) Der 21 Jahre alte Sohn des Schriftsetzers Hellert in dem benachbarten Nordstetten ist beim Baden im Neckar bei Egelstal ertrunken.

* Horb, 16. Juni. (Festnahmen.) Auf dem Bahnhof Eych wurde eine fünfköpfige Schleichhändlergesellschaft aus Stuttgart erwischt und ihr über 2 1/2 Zentner Fleisch abgenommen. Die Unholde, die in letzter Zeit verschiedene Mädchen in hiesiger Gegend zu vergewaltigen versucht haben, sind verhaftet.

(*) Von der Enz, 17. Juni. (Eine nette Firma.) Drei Leute, Hermann Essig und Wilhelm Schumann, haben sich vor einiger Zeit in Pforzheim als „Wijouteriefabrik“ zusammen; da die Sache aber nicht ging, verlegten sie sich auf Ankauf gestohlenen Edelmetalls und auf selbst vertriebene Erträge. Sie wurden ermittelt, als sie den letzten Einbruch in die Wijouteriefabrik Emil Kasper in der Weihenstraße ausgeführt und für 10000 M. Bargeld, sowie für 18000 M. Waren erbeutet hatten. Den Raub konnte man ihnen wieder abnehmen.

(*) Stuttgart, 17. Juni (Zur Untereidung.) Staatspräsident Bloß ist heute abend nach Weimar abgereist.

(*) Stuttgart, 17. Juni. (Kundgebung.) Wegen die Auflösung der A- und B-Käte, die nach dem Beschluß des württ. Landtags am 15. Juli eintreten soll, wendet sich eine Kundgebung der Landeskommission der Unabh. S. P. im gestrigen „Sozialdemokrat“. Die Genossen werden aufgefordert, an allen Orten und in allen Betrieben Versammlung abzuhalten, um zu zeigen, daß die Arbeiterklasse nicht gewillt sei, sich ihre in der Revolution erzwungenen Rechte rauben zu lassen.

(*) Stuttgart, 17. Juni. (Mord.) Der 37 Jahre alte Agent Wilhelm Lamparter, Kotebühlstraße 147, hat seiner Frau mit einem Rasiermesser den Hals durchschneiden und dann sich durch Schneiden der Pulsader zu töten versucht. Er wurde lebend ins Hospital gebracht. Die Eheleute lebten nicht gut zusammen. Die Frau war eine der ersten Straßenbahnkassenerinnen.

(*) Cannstatt, 17. Juni. (Ertrunken.) Beim Baden im Neckar ertrank ein 18 Jahre alter Kaufmann. In der letzten Zeit sind auffallend viele Unfälle dieser Art aus dem ganzen Land gemeldet worden. Meist sollen sie auf Herzlähme zurückzuführen sein.

(*) Waiblingen, 16. Juni. (Freiwilliger Tod.) Ein hier im Dienste stehendes 20 Jahre altes Mädchen aus Obernubach hat sich in der Rems ertränkt.

(*) Crailsheim, 16. Juni. (Schleichhandel.) Auf dem Bahnhof wurden von der Schabpol weitere 160 Stück Schafe beschlagnahmt, so daß die Gesamtzahl der beschlagnahmten Schafe annähernd 800 Stück beträgt.

(*) Giengen a. Brenz, 17. Juni. (Diebstahl.) Ein Dieb drang nachts in den Schafstall des Schafhalters Red in Brenz ein und raubt 50 Pfund Schafwolle.

(*) Bih, O. A. Balingen, 16. Juni. (Vom Tisch erschlagen.) Bei dem Gewitter am Donnerstag wurde die Ehefrau des Karl Schaudt auf dem Feld vom Blitz erschlagen. Drei von ihren fünf Kindern, die mit ihrer Mutter auf dem Acker Unkraut jäten, kamen mit dem Tode davon.

(*) Ravensburg, 17. Juni. (Landwirtschaftl. Bezugs- und Abgabegenossenschaft.) Es ist geplant, hier eine landwirtschaftliche Bezugs- und Abgabegenossenschaft ins Leben zu rufen.

(*) Friedrichshafen, 17. Juni. (Abgefakete Schleichhändler.) Am Samstag bot in einem hiesigen Hotel ein Schleichhändler aus Konstanz 12 Pfund Hühner zum Preis von 16,5 M. für das Pfund an. Die Polizei nahm dem Preiswucherer das ganze Quantum ab. Am gleichen Tag wurde der Metzger Karl Stab von Siggweiler O. A. Zeilung, beim Versuch, auf einem Deuwagen einen frischgeschlachteten Ochsen im Gewicht von 65 Zentnern in zwei hiesigen Wirtschaften abzuliegen, verhaftet.

Unsere Leser

welche ihre Zeitung durch den Postboten erhalten, machen wir darauf aufmerksam, daß die Post in der Zeit vom 15. bis 25. Juni die Bezugselder der Zeitungen einzieht.

Um eine ungeforderte Weiterzustellung unserer Zeitung zu ermöglichen, empfiehlt es sich, bei dieser Gelegenheit das Zeitungsgeld zu entrichten und nicht bis in die letzten Tage des Monats zu warten, wodurch häufig Störungen in der Zustellung eintreten.

Neubestellungen auf unsere Zeitung werden für das neue Quartal von allen Postboten und Postanstalten Austrägern und Agenten unserer Zeitung entgegengenommen.

Handel und Verkehr.

Friedrichshafen, 17. Juni. Das Sägewerk und das Fabrikgebäude des Fritz Fajst am Lengenwaldbsee ging durch Kauf an eine Stuttgarter Firma über, welche darin eine Möbelfabrik betreiben will.

Legte Nachrichten.

L. R. Genf, 17. Juni. (Melbung der Telegrafenskompanie.) Nicht nur die republikanische Partei, sondern auch die amerikanischen Demokraten kritisieren den Präsidenten Wilson in sehr scharfer Weise, da er nach ihrer Ansicht seine 14 Punkte selbst in größter Weise gebrochen habe.

W. F. Frankfurt a. M., 17. Juni. Die Frankfurter Zeitung schreibt im heutigen Abendblatt zur Antwortnote der Allierten: Das, was bisher veröffentlicht wurde, ist geeignet, die Gefühle unseres Volkes bis zum Grund aufzurühren. Wir zweifeln nicht, daß sich jetzt eine Sturmflut der Empörung und Erbitterung über Deutschland ergießt. Die Abreise der deutschen Delegation gab dem französischen Pöbel Anlaß zu gemeinen Anschuldigungen, die zum Schmachlichsten gehören, was die diplomatische Geschichte verzeichnet. So beginnt die Ära des Völkermordes! Diese Orgie von Erniedrigung und Unerschöpflichkeit konnten die Deutschen nicht erwarten; sonst wäre es besser gewesen, keinen Reichsvertreter nach Versailles zu entsenden. Wir können die Gefühle, die heute ganz Deutschland bewegen und teilen sie. Wir empfinden die ganze, grauenvolle Tragik des deutschen Schicksals, was wir nur auch tun: es wird fürchtbar sein. Die Verantwortung der Stunde ist unermesslich. Deutschland ist außerstande dem Feinde die Unterschrift zum Vertragsentwurf zu verweigern, wenn sie durch Ultimatum erzwungen wird. Schiden wir uns ins Unvermeidliche. Hoffen wir auf eine bessere Zukunft. Gute Anzeichen hierfür sind da, daß sie kommt, nicht im Sturmigen neuer Machterhebung, sondern durch den Willen der Völker, die ohne Mitarbeit von Mitteleuropa nicht in Ruhe leben können.

W.D. Berlin, 17. Juni. Vorwärts schreibt: Die Antwort der Entente wirkt wie eine neue Kriegserklärung. Das ganze Christentum atmet den Geist unversöhnlichen Hasses. In nächster Zeit vollzieht sich die größte Entscheidung der Weltgeschichte, die doch, wie immer sie fallen kann, keine endgültige ist, denn das deutsche Volk kann den Kampf um sein Recht zum Leben nicht aufgeben. Möge es sich stark genug erweisen, um ihn jetzt schon kraftvoll weiterzuführen, indem es den unerfüllbaren, unannehmbaren und entehrenden Forderungen des Entente-Kapitalismus ein festes Nein entgegensetzt.

Berlin, 18. Juni. Der überwiegende Teil der heute früh nach Beendigung des Buchdruckerstreiks erschienenen Blätter nimmt der Ententeantwort gegenüber einen Standpunkt ein, den das Berliner Tageblatt dahin kennzeichnet, daß, wer bisher „unannehmbar“ gesagt habe, es nun mit gleicher Festigkeit sagen könne. Wenn die Regierung und die Nationalversammlung ihr „unannehmbar“ wiederholten, müßten sie zugleich dem Volke zeigen, daß nicht nur die Rasse der Besitzlosen leiden sollte unter dem, was die nächsten Wochen bringen könnten.

Nach der Berliner Lokalanzeiger sagt: Die wenigen gemachten Zugeständnisse ändern nichts an der Unannehmbarkeit

und der Unerfüllbarkeit des Teufelsbundes. Der Beileidbrief ist in einem absichtlich verächtlichen Ton gehalten und der Geist, den er atmet, wird durch die folgenden schwerfälligen und gemeinsten Schwärmereien der Weltgeschichte zu rechtfertigen versucht. Die Regierung hat die Pflicht, mit einem bestimmten Programm über die Behandlung des Vertrags vor die Nationalversammlung zu treten, denn es entspricht dem demokratischen u. konstitutionellen Geistes, daß die Regierung das Volk und seine Vertretung hört. Herr Scheidemann hat gesagt, daß die Hand verdorren müßte, die den Vertrag in Versailles unterzeichnete. Nach unserer Ansicht müßte auch die Hand verdorren, die den abgeänderten Vertrag unterzeichnete.

Von den rechtsstehenden Blättern spricht die „Deutsche Tageszeitung“ von einem Todesurteil für Deutschland und einem Dokument der schamlosen Lüge.

Die „Kreuzzeitung“ schreibt: Einen Frieden, der die Auslieferung des Kaisers und unserer Meerführer, das Bekenntnis unserer Schuld, die Beseitigung unserer Armee, die Vergewaltigung deutscher Volksgenossen und die finanzielle Verklammerung will, kann das deutsche Volk nicht annehmen. Die Ententeantwort hält in jedem Fall die erste, zweite u. vierte dieser Forderungen anrecht, ohne daß wir wissen, ob das Entgegenkommen in den anderen Forderungen erträglich

wäre. Daher bleibt ein Frieden in den Linien dieser Ententeantwort für uns unannehmbar.

W.D. Berlin, 17. Juni. Die „Kölnische Volkszeitung“ schreibt unter der Überschrift „Die sieben Schicksalstage“ u. a.: Binnen sieben Tagen! Wahrscheinlich eine Summe von folgenschweren Entscheidungen, die an die Verantwortlichkeit der leitenden Männer und der Erwählten des Volkes die denkbar schwersten Anforderungen stellt. Die Tragweite dieser Entscheidungen, die Last der Verantwortung ist wahrlich kaum anzudeuten. Die Geschichte kennt kein Beispiel dafür. Ein einzelner vermöchte solche Verantwortung überhaupt nicht zu tragen. Selbst für eine in die Jahrhunderte fest eingewurzelte Demokratie wäre sie eine furchtbare Belastungsprobe. Und nun muß unsere junge Demokratie diese Probe bestehen. Die Regierung, die Mehrheitspartei und das Volk haben dem ursprünglichen Vertragsentwurf des Vertrags gegenüber ihre Einigkeit versichert. Jetzt wird diese dem in einigen Einzelheiten abgeänderten Entwurf gegenüber ihre Probe zu bestehen haben. Wäre sie nicht vorhanden, so könnte heute niemand sagen, welchen Ereignissen wir nach innen und außen entgegen gehen.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Laut.

Forstämter Altensteig, Dornstetten, Hoffstett,
Pfalzgrafenweiler und Zimmerfeld.

Den 17. Juni 1919.

Das Sammeln von Waldbeeren

in den Staatswäldungen ist nach Verfügung der Forstdirektion mit folgenden Beschränkungen gestattet:

Verboten ist:

1. das Sammeln vor dem Kalendertag, der durch öffentliche Bekanntmachung für den Beginn bestimmt worden ist.
2. Das Sammeln zwischen abends 6 Uhr und morgens 7 Uhr.
3. Das Sammeln an Plätzen, welche durch Einzäunung oder Warnungszeichen geschlossen sind.
4. Das Übernachten in den Waldhütten oder sonst innerhalb Staatswalds.

Zu widerhandlung wird forstpolizeilich bestraft.

Altensteig-Stadt.

Freiwillige Feuerwehr!

Am Sonntag, den 22. Juni rückt die

1., 2. und 3. Kompanie

zur Übung aus.

Antreten präzise 7 Uhr vormittags.

Den 18. Juni 1919.

Das Kommando.

Walddorf.

Die hiesige Gemeinde bringt am nächsten

Freitag, den 20. Juni 1919, mittags 1 Uhr auf dem hiesigen Rathaus folgendes

Nadelstammholz

zur Versteigerung:

Waldteil Hochwald zus. ca. 100 fm

Waldteil Brand zus. 108 fm

Waldteil Brand u. Lalsacker zus. ca. 150 fm unaufbereitet

Das Holz wird auf Wunsch von Waldschütz Haigmann vorgezeigt.

Kaufstiebhaber sind eingeladen.

Den 17. Juni 1919.

Schultheißen-Amt:
Reinschler.

Altensteig.

Fabrikdiener-Gesuch.

Junger, solider Mann findet per sofort gutbezahlte Stellung bei

Karl Kaltenbach & Söhne
Silberw.-Fabrik.

Böfingen.

Ein Paar schöne



steht dem Verkauf aus

Zug-Ochsen

Christian Ziesle.

Schwarzwald-Drogerie

+ Altensteig +

— Telefon 41 —

empfiehlt

Käselab.

Altensteig.

Plüschhüte

sind eingetroffen bei

Ehr. Schmid

Gut. u. Nähengesch.

Altensteig.

Bodenöl
Maschinenöl
Spezial-
Motorenöl
Ia. Qualität

hält vorrätig

Karl Henzler sen.
Eisenwarenhdlg.

Altensteig.

Mädchen-Gesuch.

In meine Haushaltung (ohne Kinder) wird zu leichter Arbeit u. Handarbeit ein ordentliches Mädchen gesucht.

Becker sen.

Guterhaltene



Fahr-
Rad

komplett, verkauft

Jakob Wolfer
Pfalzgrafenweiler.

Kinderwagen

zu kaufen gesucht.

Wer? — sagt die Geschäftst. d. Bl.

Stempel

für Behörden, Geschäfte u. Private liefert schnell und billig die

W. Rieker'sche Buchhdlg.

Altensteig.

Verpachte am Donnerstag, abends 8 Uhr den

Heu- und Dehndertrag

meiner 3¹/₂ Morgen großen Langwiese in 3 Abschnitten. Der Platz kann von 7 Uhr ab angesehen werden, von welcher Zeit ab ich zugegen bin.

Luz z. Linde.

Bergebung von Bauarbeiten.

Zu einer Privatstraße bei der Schernbacher Sigmühle habe ich die nötigen Arbeiten im Submissionsweg zu vergeben. Die nötigen Unterlagen liegen im Büro der Schernbacher Sigmühle zur Einsicht auf und wollen schriftliche Offerte bis

Donnerstag, den 19. ds. Mts., abends 6 Uhr

dieselbst abgegeben werden.

Der Beauftragte:

Fritz Krusch.

Wir sind Käufer von mehreren Waggon

Stockholz

auf 30/50 cm abgefäht, sowie auch gespalten, gegen sofortige Kasse. Gebl. umgehende Angebote erbitte an

Schwäb. Rohlengeschäft G. m. b. H.
Stuttgart, Forststr. 141.

Pflanzenjammler(innen)

auch Kindern, wird hoher Verdienst angeboten.

Franz Heimpel, Cannstatt.

Für Schreibmaschinenbesitzer

empfehlen wir uns zur Anfertigung von Postkarten in Streifen, Briefbogen und Mitteilungen bei sauberer Ausführung u. mäßigen Preisen.

W. Rieker'sche Buchdruckerei

Oberweiler.

Ein 1¹/₂ Jahre altes, zur Zucht geeignetes



hat zu verkaufen

Dresch-Garnituren Lokomobilen

gut erhalten garantiert betriebsfähig
kauft gegen Kassa Maschinensdrl.
Stieber, Amberg, Oberpfalz.

Friedrich Koller
Zimmermann.